



### Inhalt

#### I.

**Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.**

| Glied.-Nr. | Datum       | Titel                                                                                                                                                                                          | Seite |
|------------|-------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| 21281      | 13. 3. 1996 | Bek. d. Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales<br>Staatliche Anerkennung der Stadt Monschau als „Luftkurort“                                                                         | 1544  |
| 2160       | 6. 8. 1996  | Bek. d. Landschaftsverbandes Rheinland<br>Aufhebung der Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe – Bezirksarbeitsgemeinschaft Bild und Form für das südliche Rheinland e.V. –             | 1546  |
| 2160       | 6. 8. 1996  | Bek. d. Landschaftsverbandes Rheinland<br>Aufhebung der Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe – Advent-Jugend Nordrheinische Vereinigung –                                             | 1546  |
| 2322       | 6. 8. 1996  | RdErl. d. Ministeriums für Bauen und Wohnen<br>Verordnung über bautechnische Prüfungen – BauPrüfVO – Verzeichnis der Prüffingenieurinnen/Prüffingenieure für Baustatik                         | 1546  |
| 236        | 8. 8. 1996  | RdErl. d. Ministeriums für Bauen und Wohnen<br>Technische Gebäudeausrüstung; Instandhaltung von technischen Anlagen und Einrichtungen in Liegenschaften des Landes NRW – Instandhaltungs TGA – | 1551  |
| 770<br>74  | 27. 6. 1996 | RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft<br>Einrichtung einer Altlasten-Kommission                                                                                    | 1551  |
| 770        | 7. 8. 1996  | RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft<br>Grundsätze für die Planung und die Bauausführung von Abwasseranlagen im ländlichen Raum                                   | 1551  |
| 7848       | 16. 8. 1996 | RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft<br>Ausnahmegenehmigung für nicht gemäß den Verfahren des ökologischen Landbaus gewonnenes Saatgut                            | 1553  |

#### II.

**Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.**

| Datum       |                                                                                                                 | Seite |
|-------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
|             | <b>Ministerpräsident</b>                                                                                        |       |
| 6. 8. 1996  | Bek. – Ungültigkeit eines Konsularischen Ausweises . . . . .                                                    | 1553  |
|             | <b>Innenministerium</b>                                                                                         |       |
| 7. 8. 1996  | RdErl. – Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer im Haushaltsjahr 1996 . . . . .                            | 1553  |
| 13. 8. 1996 | Bek. – Öffentliche Sammlung . . . . .                                                                           | 1554  |
|             | <b>Finanzministerium</b>                                                                                        |       |
| 2. 7. 1996  | RdErl. – Ausstellung der Lohnsteuerkarten 1997 . . . . .                                                        | 1554  |
|             | <b>Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft</b>                                                   |       |
| 1. 8. 1996  | Bek. – Ausschreibung des Landeswettbewerbes 1996/97 „Unser Dorf soll schöner werden“ . . . . .                  | 1557  |
|             | <b>Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Landes Nordrhein-Westfalen, Gesetzliche Unfallversicherung</b> |       |
| 15. 8. 1996 | 8. öffentliche Sitzung der Vertreterversammlung . . . . .                                                       | 1559  |
|             | <b>Hinweis</b>                                                                                                  |       |
|             | Inhalt der Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen                                            |       |
|             | Nr. 17 v. 1. 9. 1996 . . . . .                                                                                  | 1560  |

## I.

21281

**Staatliche Anerkennung  
der Stadt Monschau als „Luftkurort“**Bek. d. Ministeriums für Arbeit, Gesundheit  
und Soziales v. 13. 3. 1996 - I A 4 - 0532.21

Aufgrund des § 1 Abs. 1 und des § 4 Abs. 5 des Kurortgesetzes vom 8. Januar 1975 (GV. NW. S. 12), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 1984 (GV. NW. S. 370) - SGV. NW. 21281 -, habe ich der Stadt Monschau die Artbezeichnung Luftkurort verliehen und die Kurgebietsgrenzen festgesetzt.

Anlagen  
1 und 2

Die Anlagen 1 und 2 - textliche Darstellung der Kurgebietsgrenzen und zeichnerische Darstellung des Kurgebietes - sind Bestandteil dieses Erlasses. Die dem Kurgebiet zugewandten Innenseiten der jeweiligen Begrenzung gelten als verbindlich.

**Anlage 1****Textliche Darstellung des Kurgebietes:**

Das anerkannte Kurgebiet wird wie folgt begrenzt:

Im Norden stellt die östliche Straßenbegrenzungslinie der Bundesstraße 258 „Burgring“ am Standort „Flora-Freienthal“ die Grenze des Kurgebietes dar. Die östliche Begrenzung der Bundesstraße 258 bildet bis zur Einmündung der Straße „Schloßkehr“ die nordwestliche Grenze.

Vom Kreuzungsbereich aus verläuft die Kurgebietsgrenze über die angrenzende Parkplatzfläche nach Süden über die westliche Grenze des Flurstücks 141, Flur 13, Gemarkung Monschau bis zur „St. Vither Straße“. Diese bildet am Standort „Burgau“ die westliche Grenze des Kurgebietes.

Im Einmündungsbereich der Zuwegung zum Parkplatz „Burgau“ und zur Realschule quert die Gebietsgrenze die Rur und verläuft am Rinkberg nördlich der Realschule entlang des Flurstücks 75, Flur 12, Gemarkung Monschau in westliche Richtung.

Die Kurgebietsgrenze quert westlich verlängert entlang der nördlichen Flurstücksgrenzen 100 und 179 der Flur 3, Gemarkung Monschau die Ruhr bis zur „St. Vither Straße“, die mit der östlichen Straßenbegrenzungslinie die westliche Kurgebietsgrenze nach Süden weiterführt.

Im Einmündungsbereich „Burgring/St. Vither Straße“ bildet die östliche Grenze der nach Süden weiterführenden B 258 die westliche Kurgebietsgrenze bis zum Standort „Dreistegen“. Hier quert der Grenzverlauf die Ruhr nach Osten und verläuft weiter entlang des östlichen Ufers des Perlenbaches auf der Flurstücksgrenze 110/111, Flur 4/Flur 15, Gemarkung Monschau bis zum Campingplatz Perlenau. Von dort aus verschwenkt die Grenze auf das nördlich dem Lauf des Perlenbaches folgende Flurstück 105, Flur 15, Gemarkung Monschau.

Nördlich des Standortes „Schwingsborn“ an der B 258 verläuft die Kurgebietsgrenze südlich über die Rur auf die B 258, die dann mit ihrer nördlichen Begrenzung die südliche Gebietsgrenze bildet.

Im Kreuzungsbereich mit dem Rundwanderwegenetz verläuft die Kurgebietsgrenze auf dem Wanderweg des Eifelvereins A1 nach Norden zum Felsen-Naturdenkmal „Pferdeley“ und nördlich weiter bis zur Einmündung „Jahrhundertweg“, dem regionalen Wanderweg 100. Vom „Jahrhundertweg“ aus verläuft die Grenze parallel der Haupterschließungsstraße „Heidgen“ entlang des bestehenden Wanderweges nach Norden bis zum Weg „Am Grindel“.

Entlang der südlichen Grenze des Weges „Am Grindel“ verläuft die Grenze des Kurgebietes nach Osten. Der nördliche Ortsrand der Ortschaft „Heidgen“ ist gleichzeitig die Gebietsgrenze. Diese grenzt sich ab entlang der nördlichen Parzellengrenze des Flurstücks 20, Flur 15, Gemarkung Monschau und verläuft weiter nach Norden entlang der Haupterschließung „Heidgen“ und in der Verlängerung „Am Grindel“.

Im Einmündungsbereich des Weges „Franzscheid“, Flurstück 173, Flur 2, Gemarkung Monschau verläuft die Kurgebietsgrenze nach Osten entlang der anschließenden Stadtwaldgrenze und des an „Franzscheid“ die Kreisstraße 2 querenden Bachlaufes, Flurstücke 244, 246 und 253, Flur 2, Gemarkung Monschau bis zur Rur und quert diese in nördliche Richtung.

Östlich „Rosenthal“ verläuft die Kurgebietsgrenze weiter nach Norden entlang des Rundwanderweges A5, die „Eschbachstraße“ querend bis zum „Rahmenberg“.

Die Kurgebietsgrenze verläuft weiter, östlich parallel der „Laufenstraße“, nach Norden entlang der Stadtwaldgrenze und schließt an der „Flora-Freienthal“ wieder auf die Bundesstraße 258 treffend das Kurgebiet der Stadt Monschau ab.



2160

**Aufhebung der Anerkennung  
als Träger der freien Jugendhilfe**  
**Bezirksarbeitsgemeinschaft Bild und Form  
für das südliche Rheinland e.V.**

Bek. d. Landschaftsverbandes Rheinland  
v. 6. August 1996

Die Bezirksarbeitsgemeinschaft Bild und Form für das südliche Rheinland e.V., Sitz Hennef, ist zum 5. 4. 1995 aufgelöst und im Vereinsregister gelöscht worden. Die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe [Bek. v. 4. 11. 1975 (SMBL. NW. 2160)], die aufgrund eines Beschlusses des damaligen Landesjugendwohlfahrtsausschusses vom 8. 2. 1972 erfolgte, ist damit gegenstandslos geworden.

Köln, den 6. August 1996

Der Direktor  
des Landschaftsverbandes Rheinland  
Esser

– MBL. NW. 1996 S. 1546.

2160

**Aufhebung der Anerkennung  
als Träger der freien Jugendhilfe**  
**Advent-Jugend Nordrheinische Vereinigung**

Bek. d. Landschaftsverbandes Rheinland  
v. 6. August 1996

Die Advent-Jugend Nordrheinische Vereinigung, Sitz Düsseldorf, hat sich zum 22. 10. 1989 aufgelöst. Die Belange werden jetzt von der Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten, Körperschaft des öffentlichen Rechts, wahrgenommen. Die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe [Bek. v. 25. 1. 1979 (SMBL. NW. 2160)], die aufgrund eines Beschlusses des damaligen Landesjugendwohlfahrtsausschusses vom 16. 1. 1979 erfolgte, ist damit gegenstandslos geworden.

Köln, den 6. August 1996

Der Direktor  
des Landschaftsverbandes Rheinland  
Esser

– MBL. NW. 1996 S. 1546.

2322

**Verordnung  
über bautechnische Prüfungen  
– BauPrüfVO –  
Verzeichnis der Prüffingenieurinnen/  
Prüffingenieure für Baustatik**

RdErl. d. Ministeriums für Bauen und Wohnen  
v. 6. 8. 1996 – II B 1-534.103

Anlage Nachstehend gebe ich ein neues Verzeichnis – Stand: 6. 8. 1996 – der von mir nach der Verordnung über bautechnische Prüfungen – BauPrüfVO – vom 6. Dezember 1995 (GV. NW. S. 1241, SGV. NW. 232) anerkannten Prüffingenieurinnen/Prüffingenieure für Baustatik bekannt.

Der RdErl. d. Ministeriums für Bauen und Wohnen v. 8. 6. 1995 (SMBL. NW. 2322) wird aufgehoben.

## Verzeichnis der im Lande Nordrhein-Westfalen anerkannten Prüfingenieurinnen und Prüfingenieure für Baustatik

| Titel                    | Name          | Vorname   | PLZ   | Ort            | Straße                    | Telefon            | Telefax             | Fachrichtung/anerkannt bis: |                |             |
|--------------------------|---------------|-----------|-------|----------------|---------------------------|--------------------|---------------------|-----------------------------|----------------|-------------|
|                          |               |           |       |                |                           |                    |                     | Metallbau                   | Massivbau      | Holzbau     |
| Dr.-Ing.                 | Aster         | Helmut    | 44141 | Dortmund       | Konrad-Glocker-Straße 19  | (02 31) 41 13 07   |                     | 22. 3. 1999                 | 22. 3. 1999    |             |
| Dr.-Ing.                 | Beisel        | Theo      | 41352 | Korschenbroich | Friedrich-Ebert-Straße 19 | (0 21 61) 64 82 82 | (0 21 61) 64 82 84  | 30. 3. 2000*)               |                |             |
| Dr.-Ing.                 | Bild          | Stefan    | 58093 | Hagen          | Emster Straße 25          | (0 23 31) 5 50 05  | (0 23 31) 5 50 04   |                             | 31. 12. 1999*) |             |
| Dipl.-Ing.               | Billig        | Karl      | 40211 | Düsseldorf     | Malkastenstraße 2         | (02 11) 35 62 33   | (02 11) 35 87 46    |                             | 5. 3. 2000     |             |
| Dipl.-Ing.               | Blume         | Hans      | 44229 | Dortmund       | Sartoristraße 4           | (02 31) 73 33 97   | (02 31) 73 59 53    | 10. 7. 1997                 |                |             |
| Dipl.-Ing.               | Bohlmann      | Peter     | 44141 | Dortmund       | Westfalendamm 80          | (02 31) 52 79 61   | (02 31) 57 36 16    |                             | 2. 4. 1997*)   |             |
| Dr.-Ing.                 | Bökamp        | Heinrich  | 48161 | Münster        | Im Dertel 13              | (0 25 34) 6 10-0   | (0 25 34) 6 10-222  |                             | 8. 7. 2025     |             |
| Univ.-Prof. Dr.-Ing.     | Bosiakowski   | Siegfried | 52076 | Aachen         | Ardennestraße 88          | (0 24 08) 8 14 35  |                     |                             | 4. 1. 1999     |             |
| Prof. Dipl.-Ing.         | Büsse         | Josef     | 48151 | Münster        | Blumenstraße 20           | (02 51) 52 10 14   | (02 51) 52 10 15    |                             | 18. 9. 1996    |             |
| Dipl.-Ing.               | Coblentz      | August    | 44135 | Dortmund       | Ludwigstraße 16           | (02 31) 55 69 04-0 | (02 31) 55 69 04-22 | 24. 5. 2001                 | 24. 5. 2001    |             |
| Dipl.-Ing.               | Dannenberg    | Heinz     | 47228 | Duisburg       | Begühenstraße 57          | (0 20 65) 2 96 31  | (0 20 65) 2 17 10   | 10. 11. 2000                | 10. 11. 1998   |             |
| Dipl.-Ing.               | Daßler        | Joachim   | 45259 | Essen          | Ostpreußenstraße 58       | (02 01) 46 10 20   | (02 01) 46 04 87    | 26. 3. 1998                 |                |             |
| Dipl.-Ing.               | Dietrich      | Heiner    | 40476 | Düsseldorf     | Münsterstraße 147         | (02 11) 48 59 09   | (02 11) 44 22 68    | 7. 6. 1998*)                |                |             |
| Univ.-Prof. em. Dr.-Ing. | Domke         | Helmut    | 47259 | Duisburg       | Mannesmannstraße 161      | (02 03) 78 10 80   | (02 03) 75 04 55    | unbegrenzt                  | unbegrenzt     | unbegrenzt  |
| Dipl.-Ing.               | Drechsler     | Günter    | 50674 | Köln           | Luxemburger Straße 75     | (02 21) 44 10 23   | (02 21) 44 10 23    |                             | 1. 8. 1998     |             |
| Dipl.-Ing.               | Dumsch        | Josef G.  | 42119 | Wuppertal      | Schreinersweg 9           | (02 02) 42 60 66   | (02 02) 42 44 83    |                             | 2. 8. 2002     |             |
| Dipl.-Ing.               | Engels        | Udo       | 32756 | Detmold        | Lengener Straße 20        | (0 52 31) 2 90 25  | (0 52 31) 3 30 68   |                             | 21. 3. 2011    |             |
| Dr.-Ing.                 | Erdmann       | Jörg      | 40470 | Düsseldorf     | Mörsenbroicher Weg 191    | (02 11) 61 02 01   | (02 11) 61 34 51    | 2. 5. 2000*)                | 29. 5. 2016    |             |
| Dr.-Ing.                 | Feder         | Diethelm  | 41515 | Grevenbroich   | Lindenstraße 58           | (0 21 81) 32 93    | (0 21 81) 54 71     |                             | 6. 6. 1999*)   |             |
| Dipl.-Ing.               | Feld          | Herbert   | 53604 | Bad Honnef     | Karl-Simrock-Straße 64a   | (0 22 24) 92 35-0  | (0 22 24) 7 59 57   |                             | 7. 9. 2001     |             |
| Dipl.-Ing.               | Genähr        | Gerd      | 44229 | Dortmund       | Kirchhörder Straße 12     | (02 31) 97 30 10-0 | (02 31) 97 30 10-4  |                             | 5. 2. 1998     |             |
| Prof. Dr.-Ing.           | Gerards       | Willy     | 52072 | Aachen         | Am Pannhaus 3             | (02 41) 1 27 04    |                     |                             | 22. 8. 2013    | 22. 8. 2013 |
| Univ.-Prof. Dr.-Ing.     | Güldenpfennig | Jürgen    | 52066 | Aachen         | Weißhausstraße 23         | (02 41) 6 67 18    | (02 41) 80 78 78    |                             | 22. 8. 2013    |             |
| Dr.-Ing.                 | Haensel       | Jochen    | 44795 | Bochum         | Kohlenstraße 70           | (02 34) 9 43 74-0  | (02 34) 4 39 23     | 31. 8. 2010                 | 31. 5. 1998*)  |             |
| Dipl.-Ing.               | Hamelmann     | Joachim   | 45127 | Essen          | Hollestraße 1             | (02 01) 22 69 57   | (02 01) 22 59 88    | 13. 5. 1999                 |                |             |
| Dipl.-Ing.               | Hanst         | Gerhard   | 59590 | Geseke         | Königsberger Straße 19    | (0 29 42) 14 50    | (0 29 42) 72 88     |                             | 29. 9. 2004    |             |

\*) In der Zeit von Dezember 1990 bis Dezember 1995 wurden die Anerkennungen für höchstens 5 Jahre erteilt; diese Anerkennungen können auf Antrag verlängert werden.

| Titel                | Name      | Vorname      | PLZ   | Ort          | Straße                    | Telefon            | Telefax            | Fachrichtung/anerkannt bis: |               |             |
|----------------------|-----------|--------------|-------|--------------|---------------------------|--------------------|--------------------|-----------------------------|---------------|-------------|
|                      |           |              |       |              |                           |                    |                    | Metallbau                   | Massivbau     | Holzbau     |
| Dr.-Ing.             | Harte     | Reinhard     | 44801 | Bochum       | Buscheyplatz 11           | (02 34) 70 10 42   | (02 34) 70 11 11   |                             | 30. 3. 2000*) |             |
| Dr.-Ing.             | Hartmann  | Wolfgang     | 32049 | Herford      | Pagenmarkt 4              | (0 52 21) 9 82 10  | (0 52 21) 9 82 10  | 9. 1998                     | 9. 1998       |             |
| Dipl.-Ing.           | Hauschild | Jürgen       | 51375 | Leverkusen   | Bergische Landstraße 26   | (02 14) 50 19 46   | (02 14) 50 53 35   |                             | 31. 3. 2009   |             |
| Prof. Dr.-Ing.       | Hegger    | Josef        | 52070 | Aachen       | Elsa-Brandström-Straße 6  | (02 41) 15 57 01   | (02 41) 88 88 355  |                             | 30. 3. 1999*) |             |
| Dipl.-Ing.           | Henke     | Johannes     | 45136 | Essen        | Wandastraße 9             | (02 01) 2 57 15    | (02 01) 2 57 18    |                             | 3. 11. 1996   |             |
| Dipl.-Ing.           | Henneker  | Werner       | 53227 | Bonn         | Königswinterer Straße 329 | (02 28) 9 71 94-0  | (02 28) 9 71 94-99 |                             | 29. 4. 2019   |             |
| Dipl.-Ing.           | Hesberg   | Nils         | 50933 | Köln         | Wiethassestraße 37        | (02 21) 49 40 72   | (02 21) 49 27 73   | 14. 5. 2008                 | 12. 5. 1998   |             |
| Dr.-Ing.             | Hofmann   | Hans-Georg   | 45468 | Mülheim/Ruhr | Schloßstraße 8-10         | (02 08) 47 10 14   | (02 08) 47 69 16   | 12. 5. 1998                 |               |             |
| Dr.-Ing.             | Hollfeld  | Günter       | 52066 | Aachen       | Eupener Straße 139        | (02 41) 60 45 06   | (02 41) 60 28 83   |                             | 15. 1. 2009   |             |
| Univ.-Prof. Dr.-Ing. | Iványi    | György       | 42553 | Velbert      | Auf der Egge 40           | (0 20 52) 8 04 79  |                    |                             | 10. 2. 2007   |             |
| Dipl.-Ing.           | Jeromin   | Wolf         | 50676 | Köln         | Mühlenbach 32-36          | (02 21) 23 47 57   | (02 21) 21 86 64   |                             | 16. 4. 2008   |             |
| Dipl.-Ing.           | Jung      | Claus        | 53879 | Euskirchen   | Mühlenstraße 9            | (0 22 51) 95 04-0  | (0 22 51) 95 04-99 |                             | 6. 6. 1999*)  |             |
| Prof. Dr.-Ing.       | Kappler   | Heinz        | 52080 | Aachen       | Birkenweg 1               | (02 41) 16 69 28   | (02 41) 16 72 92   |                             | 8. 7. 2015    |             |
| Dipl.-Ing.           | Karvanek  | Eva          | 45127 | Essen        | Hollestraße 1g            | (02 01) 82 74 30   | (02 01) 8 27 43 40 |                             |               |             |
| Dipl.-Ing.           | Kersten   | Roland       | 40688 | Meerbusch    | Berliner Straße 5         | (0 21 50) 27 35    | (0 21 50) 33 26    | 2. 5. 2001                  | 17. 1. 1997*) |             |
| Univ.-Prof. Dr.-Ing. | Kindmann  | Rolf         | 44135 | Dortmund     | Goebenstraße 9            | (02 31) 95 20 77-0 | (02 31) 55 43 82   | 28. 2. 2000*)               | 19. 2. 1997   |             |
| Dipl.-Ing.           | Kisch     | Walter       | 57076 | Siegen       | Bismarckstraße 76-78      | (02 71) 4 50 41    | (02 71) 4 50 43    |                             | 17. 5. 2006   |             |
| Dipl.-Ing.           | Klehn     | Frank        | 53504 | Bad Honnef   | Reichenberger Straße 2    | (0 22 24) 50 91    | (0 22 24) 76 68 07 |                             | 13. 2. 2006   |             |
| Dipl.-Ing.           | Klein     | Ewald        | 52351 | Düren        | Bücklerstraße 9           | (0 24 21) 1 40 74  | (0 24 21) 1 40 75  | 22. 11. 2004                |               |             |
| Dr.-Ing.             | Kollmeier | Heinz        | 40878 | Ratingen     | Düsseldorfer Platz 2      | (0 21 02) 2 82 64  | (0 21 02) 2 13 00  |                             | 6. 3. 2008    |             |
| Dr.-Ing.             | Kopper    | Heinz-Dieter | 44892 | Bochum       | Industriestraße 27        | (02 34) 9 20 40    | (02 34) 2 88 01 50 | 13. 9. 1997                 | 10. 4. 2001   |             |
| Dipl.-Ing.           | Kordt     | Hermann      | 44141 | Dortmund     | Am Zehnthof 149           | (02 31) 5 16 92-0  | (02 31) 5 16 92-25 |                             | 7. 11. 2002   | 7. 11. 2002 |
| Univ.-Prof. Dr.-Ing. | Kotulla   | Bernhard     | 50831 | Köln         | Landgrafenstraße 77       | (02 21) 4 00 02 77 | (02 21) 4 00 01 66 |                             | 18. 7. 1997   |             |
| Univ.-Prof. Dr.-Ing. | Krätzig   | Wilfried     | 44801 | Bochum       | Buscheyplatz 11           | (02 34) 70 10 42   | (02 34) 70 11 11   |                             | 8. 1. 2011    |             |
| Dr.-Ing.             | Krug      | Siegfried    | 52072 | Aachen       | Schloßparkstraße 9        | (02 41) 1 40 14    | (02 41) 17 11 59   |                             | 4. 1. 1998    |             |
| Dr.-Ing.             | Kunkel    | Klaus        | 40477 | Düsseldorf   | Tubmanstraße 61           | (02 11) 94 88-0    | (02 11) 94 88-111  |                             | unbegrenzt    |             |
| Prof. Dipl.-Ing.     | Lebherz   | Richard      | 48151 | Münster      | Blumenstraße 20           | (02 51) 52 10 14   | (02 51) 52 10 15   | unbegrenzt                  | 30. 8. 2006   |             |
| Dipl.-Ing.           | Lennertz  | Otto         | 52074 | Aachen       | Hohenstaufenallee 56      | (02 41) 7 14 04    |                    |                             |               |             |
| Dipl.-Ing.           | Lippert   | Dietrich     | 40239 | Düsseldorf   | Kühlwetterstraße 49       | (02 11) 63 11 08   |                    |                             |               |             |

\*) In der Zeit von Dezember 1990 bis Dezember 1995 wurden die Anerkennungen für höchstens 5 Jahre erteilt; diese Anerkennungen können auf Antrag verlängert werden.

| Titel                          | Name       | Vorname     | PLZ   | Ort            | Straße                    | Telefon            | Telefax             | Fachrichtung/anerkannt bis: |               |              |
|--------------------------------|------------|-------------|-------|----------------|---------------------------|--------------------|---------------------|-----------------------------|---------------|--------------|
|                                |            |             |       |                |                           |                    |                     | Metallbau                   | Massivbau     | Holzbau      |
| Dr.-Ing.                       | Mahr       | Detlef      | 51109 | Köln           | Servatiusstraße 69        | (02 21) 89 10 55   | (02 21) 8 90 15 53  |                             | 15. 8. 2008   |              |
| Dr.-Ing.                       | Mainz      | Berend      | 41460 | Neuss          | Kastellstraße 2           | (02 31) 2 61 53    | (02 31) 2 41 25     |                             | 26. 12. 2008  |              |
| Dipl.-Ing.                     | Meisma     | Herbert     | 42653 | Solingen       | Lützowstraße 371          | (02 12) 59 08 99   | (02 12) 59 37 76    | 7. 6. 2000                  | 7. 6. 2000    |              |
| Dipl.-Ing.                     | Meiswinkel | Hans        | 45659 | Recklinghausen | Stuckenbuschstraße 95     | (02 31) 2 42 41    | (02 31) 10 80 95    |                             | 30. 3. 2000*) |              |
| Dipl.-Ing.                     | Mesterom   | Karl-Ludwig | 41749 | Viersen        | Stauferstraße 22          | (02 16) 73 15      | (02 16) 77 35       |                             | 9. 5. 2014    |              |
| Dipl.-Ing.                     | Napp       | Georg       | 40474 | Düsseldorf     | Im Grund 64c              | (02 11) 43 33 92   | (02 11) 4 54 29 43  | unbegrenzt                  | unbegrenzt    |              |
| Dr.-Ing.                       | Naumann    | Wolfgang    | 50968 | Köln           | Bonner Straße 311-313     | (02 21) 37 58 27   | (02 21) 37 34 15    |                             | 15. 6. 1999   |              |
| Dipl.-Ing.                     | Neumann    | Kurt        | 58644 | Iserlohn       | Platanenstraße 13         | (02 37) 5 07 19    |                     | 10. 1. 1997                 |               |              |
| Dipl.-Ing.                     | Neumann    | Winfried    | 58091 | Hagen-Dahl     | Homertstraße 10           | (02 37) 81 95      | (02 37) 81 96       | 20. 12. 2021                |               |              |
| Dipl.-Ing.                     | Ohl        | Wilhelm     | 45879 | Gelsenkirchen  | Husemannstraße 53         | (02 09) 1 54 63    | (02 09) 20 49 94    |                             |               |              |
| Dipl.-Ing.                     | Pächmatz   | Rolf        | 40233 | Düsseldorf     | Beethovenstraße 12        | (02 11) 66 15 14   | (02 11) 6 79 05 80  |                             | 28. 6. 1997   |              |
| Dr.-Ing.                       | Pelle      | Klemens     | 44287 | Dortmund       | Schleefstraße 4           | (02 31) 44 20 30-0 | (02 31) 44 20 30-40 |                             | 20. 11. 2008  |              |
| Dipl.-Ing.                     | Peuckert   | Linus       | 33098 | Paderborn      | Husener Straße 116        | (02 51) 74 01 46   | (02 51) 7 55 70     |                             | 30. 3. 2000*) |              |
| Dr.-Ing.                       | Pöllet     | Lothar      | 40237 | Düsseldorf     | Grafenberger Allee 100    | (02 11) 6 80 15 20 |                     |                             | 3. 11. 2015   |              |
| Univ.-Prof. Dr.-Ing. E. h. Dr. | Polónyi    | Stefan      | 50674 | Köln           | Hohenstaufenring 29-37    | (02 21) 20 90 60   |                     |                             | 5. 7. 2000    |              |
| Dipl.-Ing.                     | Pühl       | Hans-Georg  | 45128 | Essen          | Huyssenallee 88-88        | (02 01) 24 56 30   | (02 01) 2 45 63 40  | unbegrenzt                  | unbegrenzt    |              |
| Dr.-Ing.                       | Raczat     | Günter      | 53177 | Bonn           | Schlehenweg 34            | (02 28) 32 72 13   | (02 28) 32 72 13    |                             | unbegrenzt    |              |
| Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.-Ing. | Reinhart   | Karl-Theo   | 40210 | Düsseldorf     | Friedrich-Ebert-Straße 54 | (02 11) 16 80 10   | (02 11) 1 68 01-60  | unbegrenzt                  | unbegrenzt    |              |
| Univ.-Prof. Dr.-Ing.           | Reyer      | Eckhard     | 44789 | Bochum         | Universitätsstraße 74     | (02 34) 3 77 75    | (02 34) 31 12 23    |                             | 2. 5. 2000*)  | 16. 11. 2008 |
| Dr.-Ing.                       | Rolewicz   | Jan         | 40235 | Düsseldorf     | Geibelstraße 31           | (02 11) 68 33 91   | (02 11) 68 91 61    |                             | 16. 11. 2005  |              |
| Dipl.-Ing.                     | Rötgen     | Josef       | 47259 | Duisburg       | Mannesmannstraße 161      | (02 03) 78 10 80   | (02 03) 75 04 55    | 13. 4. 1999                 | 13. 4. 1999   |              |
| Dipl.-Ing.                     | Ruhrberg   | Reinhard    | 58091 | Hagen          | Homertstraße 10           | (02 37) 81 95      | (02 37) 81 96       |                             | 25. 6. 1997   |              |
| Dr.-Ing.                       | Schäfer    | Klaus       | 44287 | Dortmund       | Maulwurfsweg 29           | (02 31) 48 47 49   |                     |                             | 15. 4. 2009   |              |
| Dipl.-Ing.                     | Schlue     | Wolfgang    | 59071 | Hamm           | Hubertusstraße 3-5        | (02 31) 8 61 95    | (02 31) 88 08 55    |                             | 25. 8. 2005   |              |
| Univ.-Prof. Dr.-Ing.           | Schmidt    | Herbert     | 40883 | Ratingen       | Marienburger Straße 2     | (02 12) 6 86 44    |                     | 27. 8. 2004                 |               |              |
| Dipl.-Ing.                     | Schmidt    | Klaus-Peter | 40211 | Düsseldorf     | Adlerstraße 34-40         | (02 11) 35 60 33   | (02 11) 36 28 49    |                             | 5. 2. 2002    |              |
| Dipl.-Ing.                     | Schmitt    | Herbert     | 40479 | Düsseldorf     | Gartenstraße 53           | (02 11) 4 92 00 35 | (02 11) 49 41 60    |                             | 27. 1. 2002   |              |
| Dr.-Ing.                       | Schneider  | Werner      | 45136 | Essen          | Klinkestraße 8            | (02 01) 25 56 75   |                     |                             | 24. 8. 1999   |              |
| Dipl.-Ing.                     | Schröder   | Broder      | 44141 | Dortmund       | Am Zehnthof 149           | (02 31) 51 69 20   | (02 31) 5 16 92-25  |                             | 12. 12. 2005  | 2. 5. 2000   |

\*) In der Zeit von Dezember 1990 bis Dezember 1995 wurden die Anerkennungen für höchstens 5 Jahre erteilt; diese Anerkennungen können auf Antrag verlängert werden.

| Titel                 | Name        | Vorname     | PLZ   | Ort                | Straße                       | Telefon               | Telefax            | Fachrichtung/anerkannt bis: |               |         |
|-----------------------|-------------|-------------|-------|--------------------|------------------------------|-----------------------|--------------------|-----------------------------|---------------|---------|
|                       |             |             |       |                    |                              |                       |                    | Metallbau                   | Massivbau     | Holzbau |
| Dipl.-Ing.            | Schulte     | Paul        | 52064 | Aachen             | Pottentmühlenweg 18          | (02 41) 7 24 00       |                    | 26. 6. 1997                 |               |         |
| Dipl.-Ing.            | Schulte     | Werner      | 58313 | Herdecke           | Am Rahmen 6                  | (0 23 30) 29 44       |                    |                             | 27. 6. 2009   |         |
| Dr.-Ing.              | Schultz     | Horst       | 33649 | Bielefeld          | Sunderweg 4                  | (05 21) 44 40 11      | (05 21) 44 90 80   | 18. 2. 2003                 | 18. 2. 2003   |         |
| Dipl.-Ing.            | Schüssler   | Willi       | 40470 | Düsseldorf         | Sankt-Franziskus-Straße 148  | (02 11) 61 02 01      | (02 11) 61 34 51   |                             | 22. 8. 1998   |         |
| Prof. Dr.-Ing. habil. | Schulte     | Albrecht    | 45894 | Gelsenkirchen-Buer | Romanusstraße 32             | (02 09) 31 80 00      | (02 09) 31 80 90   | 12. 9. 2008                 | 12. 9. 2008   |         |
| Dr.-Ing.              | Schwarz     | Lothar      | 47051 | Duisburg           | Sonnenwall 64                | (02 03) 2 11 46       | (02 03) 2 30 12    |                             | 25. 12. 2002  |         |
| Univ.-Prof. Dr.-Ing.  | Sedlacek    | Gerhard     | 52072 | Aachen             | An der East 7a               | (02 41) 80 51 77      | (02 41) 80 78 78   | 16. 11. 2009                |               |         |
| Dipl.-Ing.            | Spieß, von  | Gerd        | 44135 | Dortmund           | Kaiserstraße 61              | (02 31) 55 89 22-0    | (02 31) 57 32 30   |                             | 31. 5. 1998*) |         |
| Dipl.-Ing.            | Spitta Z    | Edgar       | 40883 | Ratingen           | Nesenhaus 20                 | (0 21 02) 6 97 06     |                    |                             | 19. 5. 2011   |         |
| Dr.-Ing.              | Spitz       | Heribert    | 53879 | Euskirchen         | Schillingstraße 1a           | (0 22 51) 7 19 27     |                    |                             | 9. 10. 2017   |         |
| Dipl.-Ing.            | Stammann    | Hans-Rudolf | 40210 | Düsseldorf         | Friedrich-Ebert-Straße 54    | (02 11) 16 80 10      | (02 11) 1 69 01-60 |                             | 24. 8. 2004   |         |
| Univ.-Prof. Dr.-Ing.  | Stangenberg | Friedhelm   | 44787 | Bochum             | Viktorstraße 45-47           | (02 34) 6 89 07-0     | (02 34) 6 89 07-48 |                             | 12. 10. 2012  |         |
| Dipl.-Ing.            | Stötzer     | Willi       | 51149 | Köln               | Nikolaus-August-Otto-Allee 6 | (0 22 03) 30 70 27-29 | (0 22 03) 30 79 87 |                             | 8. 10. 1999   |         |
| Prof. Dr.-Ing.        | Thierauf    | Georg       | 45257 | Essen              | Nockersberg 3                | (02 01) 48 55 57      | (02 01) 48 56 43   | 3. 3. 1998*)                |               |         |
| Dipl.-Ing.            | Thomas      | Albert      | 48161 | Münster            | Im Derrdel 13                | (0 25 34) 6 10-0      | (0 25 34) 6 10-222 |                             | 22. 3. 1999   |         |
| Dr.-Ing.              | Thormählen  | Uwe         | 52076 | Aachen             | Schleckheimer Straße 38      | (0 24 08) 23 98       | (0 24 08) 29 41    |                             | 31. 5. 1998*) |         |
| Dr.-Ing.              | Topole      | Jernej      | 58285 | Gevelsberg         | Hagener Straße 178           | (0 23 32) 6 20 06     | (0 23 32) 6 55 66  |                             | 18. 9. 2004   |         |
| Dipl.-Ing.            | Tümmler     | Dieter      | 50657 | Köln               | Cäcilienstraße 48            | (02 21) 9 25 77 50    | (02 21) 23 68 24   |                             | 30. 11. 1998  |         |
| Dipl.-Ing.            | Uhlenberg   | Jochen      | 51379 | Leverkusen         | Haus-Vorster-Straße 31       | (0 21 71) 24 06       | (0 21 71) 2 81 08  |                             | 22. 12. 2008  |         |
| Dr.-Ing.              | Urban       | Joachim     | 51067 | Köln               | Scheidemannstraße 14         | (02 21) 63 30 89      | (02 21) 63 80 90   |                             | 15. 5. 1998   |         |
| Dipl.-Ing.            | Warns       | Günter      | 44265 | Dortmund           | Wedelstraße 31               | (02 31) 46 40 01      | (02 31) 4 70 03    |                             | 24. 7. 2001   |         |
| Dr.-Ing.              | Weber       | Gernot      | 50321 | Brühl-Kierberg     | Im Mühlengrund 2             | (0 22 32) 2 41 60     | (0 22 32) 2 51 77  | 13. 11. 2004                | 13. 11. 2004  |         |
| Dr.-Ing.              | Weyer       | Ulrich      | 44141 | Dortmund           | Märkische Straße 56-58       | (02 31) 57 36 11      | (02 31) 57 35 78   | 27. 3. 2018                 | 31. 5. 1998*) |         |
| Dr.-Ing.              | Winkhaus    | Wilhelm     | 53111 | Bonn               | Münsterstraße 20             | (02 28) 7 26 31-0     | (02 28) 7 26 31-12 |                             | 14. 12. 2004  |         |
| Dipl.-Ing.            | Winzer      | Horst       | 40239 | Düsseldorf         | Kühlwetterstraße 49          | (02 11) 82 25 57      | (02 11) 83 11 08   |                             | 8. 9. 1998    |         |
| Dr.-Ing.              | Zahlen      | Norbert     | 42279 | Wuppertal          | Haßlinghauser Straße 134     | (02 02) 2 66 12-0     | (02 02) 2 66 12-30 | 10. 9. 1996                 | 10. 9. 1998   |         |
| Dipl.-Ing.            | Ziehm       | Werner      | 45894 | Gelsenkirchen      | Albertstraße 32              | (02 09) 3 04 51       | (02 09) 39 01 29   | unbegrenzt                  | unbegrenzt    |         |

\*) In der Zeit von Dezember 1990 bis Dezember 1995 wurden die Anerkennungen für höchstens 5 Jahre erteilt; diese Anerkennungen können auf Antrag verlängert werden.



**Technische Gebäudeausrüstung  
Instandhaltung von technischen Anlagen  
und Einrichtungen in Liegenschaften  
des Landes NRW  
- Instandhaltung TGA -**

RdErl. d. Ministeriums für Bauen und Wohnen  
v. 8. 8. 1996 - III A 5 - B 1406 - 07/III A 6 - B 1014 - 243

Der RdErl. d. Ministeriums für Bauen und Wohnen  
v. 16. 5. 1995 (SMBL. NW. 236) wird wie folgt ergänzt:

1. Absatz 2.5 wird neu eingefügt:

2.5 Für die Instandhaltung von Telekommunikationsanlagen ist im Bedarfsfall das „Vertragsmuster für Serviceleistungen (Teil-Instandhaltung) für Telekommunikationsanlagen in öffentlichen Gebäuden (Service-TKANl 95)“ des AMEV anzuwenden.

2. Der nachfolgende Absatz wird wie folgt geändert:  
Nummer 2.1 bis 2.5

3. In Absatz 7 wird der zweite Absatz wie folgt geändert:

Dieser Runderlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten, Innenministerium, Justizministerium, Ministerium für Schule und Weiterbildung, Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten, Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann, Finanzministerium, Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport und der Präsidentin des Landesrechnungshofes.

- MBl. NW. 1996 S. 1551.

770  
74

**Einrichtung  
einer Altlasten-Kommission**

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt,  
Raumordnung und Landwirtschaft v. 27. 6. 1996 -  
IV A 4 - 525.5

Die Bek. v. 9. 3. 1987 (SMBL. NW. 770) wird aufgehoben.

- MBl. NW. 1996 S. 1551.

770

**Grundsätze für die Planung  
und die Bauausführung von Abwasseranlagen  
im ländlichen Raum**

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt,  
Raumordnung und Landwirtschaft v. 7. 8. 1996 -  
IV B 6-031 001 2108

Die nachfolgenden Grundsätze für die Planung und die Bauausführung von Abwasseranlagen im ländlichen Raum werden hiermit nach § 57 Abs. 1 Landeswassergesetz (LWG) als allgemein anerkannte Regeln der Abwassertechnik eingeführt und bekanntgemacht.

1 Einleitung

Es ist erklärtes Ziel in Nordrhein-Westfalen, im Sinne des Gewässerschutzes eine flächendeckende Entsorgung und Reinigung der anfallenden Abwässer zu gewährleisten.

In den nächsten Jahren werden überwiegend nur noch dünn besiedelte Gebiete und einzelne Neubaugebiete erstmalig abwassertechnisch entsorgt, für die die konventionellen Entsorgungskonzepte häufig zu teuer sind. Es ist daher erforderlich, für diese Gebiete kostengünstige organisatorische und tech-

nische Lösungsvorschläge unter Berücksichtigung dezentraler und zentraler Alternativen auszuarbeiten.

Grundsatz ist, eine weitestgehende Erfassung und Reinigung des im ländlichen Raum anfallenden Schmutzwassers unter wirtschaftlich tragbaren Bedingungen, die im Einklang mit den Zielen des Gewässerschutzes stehen, zu erreichen. Durch den Einsatz vereinfachter Bauweisen bei der Errichtung der Kanalisationsanlagen und wartungsfreundlicher und betriebssicherer Reinigungssysteme soll diesem Grundsatz entsprochen werden.

2 Empfehlungen - allgemeine Grundsätze für die Planung und Bauausführung im ländlichen Raum

- Bereits bei der Bauleitplanung sollte darauf geachtet werden, daß Flächenausweisungen für Wohn- und Gewerbeansiedlungen so gesteuert werden, daß die Kosten für die Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung möglichst gering gehalten werden.

- Zur Erarbeitung kostengünstiger Lösungen empfiehlt sich bei der Planung von Abwasseranlagen die Erarbeitung von Planungsvarianten zu verlangen, die einen Vergleich in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht ermöglichen (s. a. HOAI). Bei größeren Bauvorhaben sollte auch ein Ideenwettbewerb für das Auffinden eines optimalen Planungskonzeptes ins Auge gefaßt werden. Der Kostenvergleich kann auf der Grundlage der allen Ingenieurbüros bekannten „LAWA-Leitlinien zur Durchführung von Kostenvergleichsrechnungen“ erstellt werden (Bezugsquelle: Geschäftsstelle der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser, Umweltministerium Baden-Württemberg, Postfach 103439, 70029 Stuttgart).

- In die Planungsvarianten sollten auch neue Technologien sowie technische Lösungen außerhalb festgeschriebener Richtlinien einbezogen werden, wenn sich solche aus der Sicht verantwortungsbewußter Ingenieurleistung als vertretbar erweisen.

- Niederschlagswasser ist gemäß § 51a LWG - soweit dies gemeinwohlverträglich unter Berücksichtigung nachbarschutzrechtlicher Belange möglich ist - vor Ort zu versickern oder ortsnah einzuleiten. Für die Grundstücke, die nicht an eine Regenwasserkanalisation angeschlossen werden, sind entsprechende Vorkehrungen zur schadlosen Beseitigung des Niederschlagswassers zu planen, um keinen Anreiz zu Fehlan Schlüssen zu schaffen. Eine Verringerung der abgeleiteten Niederschlagsmenge reduziert den Aufwand für Kanäle, Regenwasserbehandlungsanlagen, Pumpwerke, Schächte und sonstige Sonderbauwerke im öffentlichen Netz sowie die Bau- und Betriebskosten der Kläranlage. Über Satzungen können Anreize zur dezentralen Regenwasserbehandlung geschaffen werden.

- Niederschlagswasser von Straßen und sonstigen Verkehrsflächen sollte - soweit möglich - über das Bankett breitflächig versickert oder über kurze Stichleitungen auf kürzestem Weg abgeleitet werden. Unvermeidbares Dränagewasser kann in eigenen Leitungen, ggf. gemeinsam mit Niederschlagswasser abgeleitet werden.

- Es wird empfohlen, bei der Planung der Kanalisation, soweit wie möglich und sinnvoll

- Trassen außerhalb der befestigten Straßenfläche ggf. im Bankett zu wählen,

- Sonderverfahren (z. B. Druckentwässerung) einzusetzen,

- kurze Trassen, ggf. auch über Privatgrundstücke zu wählen,

- Kanäle mit geringer Überdeckung zu legen, auch wenn dadurch Kellergeschosse über Hebeanlagen zu entwässern sind,

- die Rohrdurchmesser den tatsächlichen hydraulischen Belastungen auch unterhalb der

- bisher üblichen Minstdurchmesser anzupassen,
- Schächte entsprechend den heutigen Reinigungs- und Überprüfungsmöglichkeiten in größeren Abständen zu planen, bei Korrosionsgefahr in flachem Gelände Belüftungseinrichtungen vorzusehen,
  - einfache, jedoch statisch sichere und wasserdichte Schachtkonstruktionen zu wählen,
  - an Knickpunkten Schächte nur soweit, wie sie für den Betrieb erforderlich sind, vorzusehen.
- Standorte für Kläranlagen und Sonderbauwerke der Kanalisation sollten so gewählt werden, daß sie möglichst frei von Bauerschwermetallen sind. Ungünstige Baugrundverhältnisse, Hochwasserschutzmaßnahmen, Lärm- und Naturschutzaufgaben beeinflussen maßgeblich die Bau- und Betriebskosten der Anlagen.
- Vorhandene Kanäle können im Zuge der grundsätzlich wünschenswerten Umstellung vorhandener Misch- in Trennsysteme, soweit sie tragfähig sind, zur Regenwasser- und Fremdwasserableitung genutzt werden. Das Schmutzwasser muß dann in einem neu zu errichtenden Schmutzwassersystem abgeleitet werden.
- Für eine wirtschaftliche Baudurchführung sollten soweit wie möglich neue Bauverfahren, wie z.B. Fräsen der Gräben und Einpflegen der Rohre, eingesetzt werden.
- Bei Bau und Nachrüstung von Kläranlagen sollte sich die Bemessung an Untersuchungsergebnissen von der bestehenden Anlage ausrichten. Liegen Daten vom Zulauf zur Kläranlage nicht in ausreichendem Umfang vor, so sollte frühzeitig vor Planungsbeginn die Durchführung eines Meßprogrammes vorbereitet werden.
- Aus Wirtschaftlichkeitsgründen empfiehlt es sich, die Anlagen möglichst schnell auszulasten. Deshalb sind Reservekapazitäten nur in solchem Umfang zu schaffen, wie sie den realistischen Entwicklungsmöglichkeiten des Anschlußgebietes entsprechen. Die zeitliche Abfolge der Errichtung bzw. des Ausbaus des Kanalisationsnetzes und der Kläranlage sind aufeinander abzustimmen.
- Das Ausstattungsangebot ist heutzutage unerschöpflich. Die Ausstattung von Kläranlagen und Sonderbauwerken der Kanalisation soll so gewählt werden, daß der Betrieb sowie Wartung und Unterhaltung der Anlagen sicher, einfach und kostensparend durchgeführt werden können. Auf Ausstattungen, die vor allem der Optik dienen und die Betriebssicherheit nicht erhöhen oder bei denen die Wartungs- und Unterhaltungsaufwendungen den Einsatznutzen übersteigen, soll verzichtet werden.
- Bei Kläranlagen im ländlichen Raum sollte die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm angestrebt werden.
- Alle weiteren im ATV-Merkblatt M 200 dargelegten Grundsätze für die Planung und Bauausführung im ländlichen Raum sollten Beachtung finden.
- ### 3 Anforderungen an die Abwassersammlung
- #### 3.1 Allgemeines
- Die klassische Freispiegelgefälleleitung besteht aus Rohrleitungsabschnitten, die durch Kontrollschächte verbunden werden. Zwischen den Schächten werden die Rohre in der örtlichen Lage streng gradlinig geführt.
- Abweichend hiervon werden im ländlichen Raum horizontale wie auch vertikale Richtungsänderungen gestattet, soweit diese den allgemeinen Anforderungen für Rohrverbindungen entsprechen und die Dichtigkeit, das Setzungsverhalten und den Betrieb des Kanalnetzes nicht beeinträchtigen.
- Ebenso können flexible Rohre (Endlosrohre) im ländlichen Raum zum Einsatz kommen. Der Verlegeradius muß eine regelmäßige Inspektion ermöglichen. Hierbei ist auch an den Einsatz von Fernsehkameras zu denken (Radius  $\geq 50$  m).
- #### 3.2 Kanäle
- ##### 3.2.1 Freispiegelleitungen
- Mindestnennweite: DN 150
- Abweichend von bestehenden Vorschriften kann eine Mindestnennweite von DN 150 zum Einsatz kommen. Ein bestimmtes Mindestgefälle wird nicht vorgegeben. Es ist materialabhängig.
- ##### 3.2.2 Druckleitungen
- Mindestnennweite: DN 50 (bei Einsatz von Pumpen mit Schneidwerk)
- #### 3.3 Einmündungen
- Einmündungen von Nebenleitungen in Hauptleitungen sind grundsätzlich in Schächten vorzunehmen, um eine Kontroll- und Wartungsmöglichkeit zu gewährleisten. Bei Hausanschlußleitungen kann die Einmündung entweder über einen Schacht in der Hauptleitung oder über einen Abzweig erfolgen.
- #### 3.4 Rohrmaterialien und Verlegung
- Hinsichtlich der Wahl der Rohrmaterialien und der Art der Verlegung werden vom Land keine Vorgaben gemacht.
- #### 3.5 Bauausführung
- Die Verlegung der Rohrleitungen sollte in frostfreier Tiefe erfolgen. In der Regel genügt hierfür eine Überdeckung von 60–80 cm. In Ausnahmefällen kann von einer frostfreien Verlegetiefe abgesehen werden (wenn eine selbsttätige Entleerung der Leitungen gewährleistet ist oder entsprechende Wärmedämmmaßnahmen ergriffen wurden). Bei Verlegung in landwirtschaftlich genutzten Flächen sollte eine Mindestüberdeckung von 1 m eingehalten werden, um Beschädigungen durch die Bodenbearbeitung zu vermeiden.
- #### 3.6 Schächte
- Schächte sind erforderlich für die Be- und Entlüftung, Kontrolle und Reinigung der Kanäle. In städtischen Gebieten überschreitet der Abstand der Schächte für Kanäle aller Durchmesser in der Regel 100 m nicht. (s. ATV-A 241).
- Abweichend hiervon können im ländlichen Raum größere Schachtabstände gewählt werden. Der Maximalabstand richtet sich nach arbeits- (Wartung und Kontrolle) und sicherheitstechnischen Gesichtspunkten. Der Frage der Belüftung ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Bei der Wahl größerer Schachtabstände kann es sinnvoll sein, zwischen zwei Schächten Kontrolleinrichtungen anzuordnen.
- Bei Druckrohrleitungen richtet sich der Schachtabstand nach der Trassenführung und den Zugangsmöglichkeiten.
- Abweichend von bisherigen Regeln können auch nicht begehbare Schächte mit sehr kleinen Durchmessern ( $>40$  cm) verwendet werden. Diese erlauben sowohl die Kontrolle als auch die Kanalspülung.
- ### 4 Anforderungen an die Abwasserreinigung
- Bei Anlagen mit Ausbaugrößen  $<2000$  EW ist erfahrungsgemäß damit zu rechnen, daß
- das Abwasser in Qualität und Menge stärkeren Schwankungen als bei größeren Anlagen unterliegt;
  - überdurchschnittlich hohe Zulaufkonzentrationen auftreten;
  - nicht ständig Betriebspersonal zur Verfügung steht.

- bei der Wahl des Reinigungsverfahrens auf einen einfachen Betrieb und hohe Prozeßstabilität durch ausreichendes Puffervermögen zu achten;
- bei der konstruktiven Ausbildung der Anlage darauf zu achten, daß Einsparungen an Investitionen nicht zu Lasten eines störungsfreien und wartungsfreundlichen Betriebes gehen.

#### 5 Anforderungen an die Klärschlammbehandlung

Da die Verwertung des Klärschlammes durch Aufbringen auf den Boden (Landwirtschaft, Landbau) anzustreben ist und dabei nur stabilisierter Klärschlamm verwertet werden darf, sind entweder Anlagen mit Schlammstabilisierung vorzusehen oder es ist zu prüfen, inwieweit ein Transport des Klärschlammes zu einer anderen Kläranlage mit einer Klärschlammstabilisierung eine kostengünstige Alternative darstellt.

Je nach Entwässerungsgrad des Klärschlammes sind entsprechend große Speichervolumina zu schaffen. Bei der landwirtschaftlichen Verwertung ist eine Speicherzeit von mindestens neun Monaten zu wählen.

- MBl. NW. 1996 S. 1551.

7848

### Ausnahmegenehmigung für nicht gemäß den Verfahren des ökologischen Landbaus gewonnenes Saatgut

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt,  
Raumordnung und Landwirtschaft v. 16. 8. 1996 -  
II A 5 - 73.10.04.01

Das Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd Nordrhein-Westfalen (Landesamt) ist zuständige Behörde im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 2092 vom 24. Juni 1991 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel. Zur Durchführung seiner Aufgaben hat das Landesamt folgende Allgemeinverfügung erlassen, die ich hiermit bekanntgebe:

Allgemeinverfügung vom 29. 7. 1996 zur Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach Artikel 6 Abs. 3 Buchstabe a der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 des Rates vom 24. Juni 1991 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel (ABl. EG Nr. L 198 S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 418/96 vom 7. März 1996 (ABl. EG Nr. L 59 S. 10).

- 1 Das Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd als zuständige Behörde und Kontrollbehörde im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 läßt bei der Erzeugung pflanzlicher Agrarprodukte in Nordrhein-Westfalen die Verwendung von Saatgut und vegetativem Vermehrungsmaterial (Saatgut), das nicht gemäß den Verfahren des ökologischen Landbaus gewonnen wurde, zu.
- 2 Die Ausnahmegenehmigung erfolgt unter folgenden Nebenbestimmungen:
  - 2.1 Der Nachweis der Nichtverfügbarkeit von Saatgut, das gemäß den Verfahren des ökologischen Landbaus gewonnen wurde, ist im Antragsverfahren vor der Verwendung des Saatguts gegenüber der zuständigen Kontrollstelle zu führen, die ihre Entscheidung dem Antragsteller mitteilt.
  - 2.2 Als Nachweis der Nichtverfügbarkeit gelten die Erklärungen von mindestens drei Lieferanten, daß Saatgut aus ökologischem Landbau der nachgefragten Art und Sorte nicht erhältlich ist. Diese Lieferanten sollten grundsätzlich mit Saatgut der betreffenden Art handeln, das gemäß den Verfahren des ökologischen Landbaus gewonnen wurde. Die Bestätigungen der Lieferanten können auch für mehrere Erzeuger zusammen erteilt werden.

den Verfahren des ökologischen Landbaus gewonnen wurde und das außerdem mit Erzeugnissen behandelt wurde, die nicht im Anhang II Teil B der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 aufgeführt sind, müssen die Lieferanten nach Nummer 2 zusätzlich erklären, daß anderes Saatgut nicht verfügbar ist.

- 2.4 Wenn auf dem für den Erzeuger mit vertretbarem Aufwand zugänglichen Markt weniger als drei potentielle Lieferanten existieren, können für den Nachweis weniger als drei Bestätigungen ausreichen.
- 2.5 Die Kontrollstelle muß sich fortgesetzt eine Marktübersicht verschaffen über Saatgut aus ökologischem Landbau für jene Arten, für die die ihrer Kontrolle unterstellten Unternehmen Anträge auf Ausnahmegenehmigungen stellen. Sie kann zu diesem Zweck Bezugsquellenverzeichnisse oder Negativlisten über Saatgut, das nicht aus ökologischem Landbau verfügbar ist, führen.
- 2.6 Die Kontrollstelle hat im Rahmen ihrer Verpflichtung gemäß Art. 9 Abs. 8 Buchstabe b der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 einen Bericht über den Umfang der zugelassenen Verwendung von nicht nach den Verfahren des ökologischen Landbaus gewonnenem Saatgut vorzulegen.
- 3 Die Ausnahmegenehmigung gilt für einen am 31. Dezember 2000 ablaufenden Übergangszeitraum und kann jederzeit ganz oder teilweise widerrufen bzw. mit weiteren Nebenbestimmungen versehen werden.
- 4 Die Begründung und die Rechtsbehelfsbelehrung können beim Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd Nordrhein-Westfalen, Tannenstr. 24b, 40476 Düsseldorf, eingesehen werden.

- MBl. NW. 1996 S. 1553.

## II.

### Ministerpräsident

#### Ungültigkeit eines Konsularischen Ausweises

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 6. 8. 1996 -  
AB 7 - 417 - 6/86

Der von dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen am 23. Juni 1992 ausgestellte und bis zum 23. Juni 1998 gültige Konsularische Ausweis Nr. 5632 von Herrn John G. Mayes, Bediensteter des Verwaltungspersonals im Kgl. Britischen Generalkonsulat Düsseldorf, ist in Verlust geraten. Der Ausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

- MBl. NW. 1996 S. 1553.

### Innenministerium

#### Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer im Haushaltsjahr 1996

RdErl. d. Innenministeriums v. 7. 8. 1996 -  
III B 2 - 56.10.00 - 7502 II/96

Die Gesamtsumme des auf die Gemeinden entfallenden Anteils an der Einkommensteuer nach dem Ist-Aufkommen wird für die Monate April bis Juni 1996 auf

**2 241 389 922,85 DM**

festgesetzt.

Bei der Ermittlung des den Gemeinden zustehenden Anteils an der Einkommensteuer sind die Leistungen an andere Bundesländer im Rahmen der Lohnsteuerzerlegung, anteilig der auf das Land Nordrhein-Westfalen entfallende Anteil an den Bundeszahlungen im Familienleistungsausgleich und anteilig die auf natürliche Personen entfallenden Vergütungen von Körperschaftsteuer abgesetzt worden. Hinzugerechnet wurden die Leistungen anderer Bundesländer im Rahmen der Zerlegung des Zinsabschlages.

- MBl. NW. 1996 S. 1553.

## Öffentliche Sammlung

Bek. d. Innenministeriums v. 13. 8. 1996 -  
I A 3/24 - 10.27

Nachstehender Sammlungsplan für das Jahr 1997 wird hiermit bekanntgemacht. Diese Bekanntmachung ersetzt nicht die für jede Maßnahme erforderliche besondere Erlaubnis.

### Haus- und Straßensammlungen

| Veranstalter                                | Sammlungszeit        |
|---------------------------------------------|----------------------|
| Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge     | 11. 1.- 9. 2. 1997   |
| Deutsche Rotes Kreuz                        | 1. 3.-22. 3. 1997    |
| Arbeiterwohlfahrt                           | 11. 4.- 2. 5. 1997   |
| Müttergenesungswerk                         | 3. 5.-17. 5. 1997    |
| Deutsche Umwelthilfe                        | 23. 5.- 6. 6. 1997   |
| Caritas und Diakonie                        | 7. 6.-28. 6. 1997    |
| Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband   | 30. 8.-20. 9. 1997   |
| Weltnotwerk                                 | 4. 10.-10. 10. 1997  |
| Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten | 18. 10.- 8. 11. 1997 |
| Diakonie und Caritas                        | 15. 11.- 6. 12. 1997 |

- MBl. NW. 1996 S. 1554.

## Finanzministerium

### Ausstellung der Lohnsteuerkarten 1997

RdErl. d. Finanzministeriums v. 2. 7. 1996 -  
S 2363 - 1/2 - V B 3

Für die Ausstellung der Lohnsteuerkarten 1997 gilt folgendes:

#### I.

#### Lohnsteuerkartenmuster

Das Muster der Lohnsteuerkarte 1997 ist gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes (EStG) bestimmt worden und wird hiermit in der Anlage bekanntgemacht. Es ist sicherzustellen, daß die Lohnsteuerkarten 1997 dem Muster entsprechen. Im übrigen wird folgendes bemerkt:

1. Die ausstellende Gemeinde braucht nur in der ersten Zeile auf der Vorderseite der Lohnsteuerkarte angeben zu werden.
2. Der Karton für die Lohnsteuerkarte muß mit Tinte beschreibbar sein, soll ein Gewicht von 140 g/qm haben und ein Wasserzeichen enthalten. Die Kartongarbe ist rot. Das Format für die Lohnsteuerkarte ist wie bisher ein Blatt DIN A5 (148×210 mm).
3. Wegen der Versendung der Lohnsteuerkarten in Fensterbriefhüllungen weise ich auf die Anlage 2a Abschnitt 1.3 Abs. 10 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Deutschen Post AG für den Briefdienst Inland (AGB BfD Inl.) hin. Für die Absenderangabe kann der obere Teil des Anschriftenfeldes auf der Lohnsteuerkarte benutzt werden; die Absenderangabe darf nach den postalischen Bestimmungen jedoch nicht mehr als ein Fünftel der Fensterfläche umfassen. Es dürfen grundsätzlich nur solche Fensterbriefhüllungen verwendet werden, die keine von dem Muster abweichende Gestaltung der Lohnsteuerkarten erfordern; nur die Abmessungen des Anschriftenfeldes und die Beschriftung der Lohnsteuerkarten dürfen den verwendeten Umhüllungen angepaßt werden.

#### II.

#### Ausstellungsverfahren

Für die Ausstellung der Lohnsteuerkarten 1997 sind die Vorschriften des § 39 EStG sowie die Anordnungen in

Abschnitt 108 der Lohnsteuer-Richtlinien (LStR) maßgebend.

Ergänzend gilt folgendes:

#### 1. Bescheinigung der Steuerklasse

Die Bescheinigung der Steuerklasse richtet sich nach § 38b EStG.

#### 2. Bescheinigung der Merkmale für den Kirchensteuerabzug

Das Kirchensteuermerkmal für den Ehegatten ist nur bei konfessionsverschiedenen Eheleuten einzutragen; bei konfessionsgleichen und bei glaubensverschiedenen Eheleuten ist das Kirchensteuermerkmal des Ehegatten nicht zu bescheinigen.

Beispiele:

| Konfessionszugehörigkeit | Eintragung im Feld Kirchensteuerabzug |
|--------------------------|---------------------------------------|
| Arbeitnehmer Ehegatte    | ev rk                                 |
| ev rk                    | ev rk                                 |
| rk -                     | rk -                                  |
| - ev                     | - -                                   |
| - -                      | - -                                   |

Aus der Nichteintragung des Kirchensteuermerkmals für den Ehegatten kann nicht geschlossen werden, daß der Ehegatte keiner zur Erhebung von Kirchensteuer berechtigten Religionsgemeinschaft angehört.

Die Entscheidung über die persönliche Kirchensteuerpflicht ist Sache der Religionsgemeinschaften. Zweifel, die sich aus den Angaben hinsichtlich der rechtlichen Zugehörigkeit eines Arbeitnehmers zu einer zur Erhebung von Kirchensteuer berechtigten Religionsgemeinschaft ergeben sollten, müssen nach Fühlungnahme mit den Kirchenbehörden beseitigt werden. Auf Antrag ist den Kirchenbehörden die Möglichkeit zu einer Prüfung der Angaben über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu geben. Die Art und Weise der Prüfung richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen.

#### 3. Eintragung des Gemeindeschlüssels

Veränderungen des achtstelligen amtlichen Gemeindeschlüssels (AGS) sind nicht zulässig.

#### 4. Information der Arbeitnehmer

Jeder Lohnsteuerkarte ist die Informationsschrift „Lohnsteuer '97“ beizufügen; die erforderlichen Exemplare werden den Gemeinden von der Finanzverwaltung zur Verfügung gestellt. Werbezettel oder Prospekte irgendwelcher Art dürfen den Lohnsteuerkarten nicht beigelegt werden.

#### 5. Ausstellung von Lohnsteuerkarten bei Nebenwohnung

Die Gemeinde, in deren Bezirk der Arbeitnehmer oder bei verheirateten Arbeitnehmern der ältere Ehegatte für eine Nebenwohnung gemeldet ist, darf für diesen keine Lohnsteuerkarte ausstellen.

#### 6. Sicherheitsmaßnahmen

Nach Abschnitt 108 Abs. 16 LStR ist ein Restbestand an Lohnsteuerkartenvordrucken unverzüglich nach Ablauf des Jahres 1997 zu vernichten. Von dieser Anweisung sind die Lohnsteuerkartenvordrucke ausgenommen, die, durch Stempelaufdruck oder Perforation klar und deutlich als „Muster“ gekennzeichnet, archiviert werden, um durch einen Vergleich nach 1997 auftauchende Fälschungen von Lohnsteuerkarten feststellen zu können.

Es bestehen deshalb keine Bedenken, wenn einzelne Exemplare dieser Muster auch mit dem beim allgemeinen Ausstellungsverfahren üblichen Aufdruck versehen werden.

Die Anordnungen in Abschn. I und II ergeben im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und den obersten Finanzbehörden der anderen Länder. Sie entsprechen dem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 2. 7. 1996 IV B 6 - S 2363 - 36/96, das im Teil I des Bundessteuerblatts veröffentlicht werden wird.

#### Ergänzende Anordnungen

1. Abweichend von Abschn. 108 Abs. 9 LStR sind bei der Bescheinigung der Religionsgemeinschaft folgende Abkürzungen zu verwenden:
  - ev = evangelisch (protestantisch)
  - lt = lutherisch (evangelisch-lutherisch)
  - rf = reformiert (evangelisch-reformiert)
  - fr = französisch-reformiert
  - rk = römisch-katholisch
  - ak = alt-katholisch
  - jd = jüdische Kultussteuer (israelitisch, mosaisch)
2. Wegen des in Abschn. 108 Abs. 10 LStR bezeichneten bundeseinheitlichen Finanzamtsschlüssels wird auf das im Bundessteuerblatt 1995 Teil I S. 811 veröffentlichte Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen hingewiesen.
3. Bei der Eintragung der Pauschbeträge für Behinderte und Hinterbliebene ist folgendermaßen zu verfahren:
  - a) Bei Gemeinden, die bereits für 1996 die Pauschbeträge für Behinderte und Hinterbliebene als Freibeträge auf der Lohnsteuerkarte eingetragen haben, hat die Gemeinde dem zuständigen Finanzamt rechtzeitig vor Ausstellung der Lohnsteuerkarten eine Liste der Arbeitnehmer vorzulegen, die Anspruch auf diese Pauschbeträge haben. Das Finanzamt überprüft und ergänzt diese Liste.
  - b) Bei Gemeinden, die für 1996 noch keine Pauschbeträge als Freibeträge auf der Lohnsteuerkarte eingetragen haben, hat das Finanzamt der zuständigen Gemeinde rechtzeitig vor Ausstellung der Lohnsteuerkarten nach den vorhandenen Unterlagen (Vordruck LSt 11 - Karteikarte) eine Liste der Arbeitnehmer zur Verfügung zu stellen, die Anspruch auf Pauschbeträge für Behinderte und Hinterbliebene haben.

Weitere Einzelheiten regeln, soweit erforderlich, die Oberfinanzdirektionen.
4. In allen Fällen, in denen ein Freibetrag durch die Gemeinde auf der Lohnsteuerkarte eingetragen wird, ist dieser mit Stern (\*) einzugrenzen. In allen Fällen, in denen ein Freibetrag durch die Gemeinde **nicht** eingetragen wird, ist als weitere Sicherheitsmaßnahme (Abschn. II Ziff. 6) auf der Lohnsteuerkarte in Abschn. I am Ende der Zeile, die für die Bescheinigung der Steuerklasse vorgesehen ist (grau unterlegte Zeile), zusätzlich ein Stern (\*) einzudrucken. Im übrigen verweise ich auf den Erlaß des Innenministeriums vom 12. 5. 1972 (MBI. NW. S. 1052).
5. Bei der Versendung oder Aushändigung der Lohnsteuerkarten ist die Wahrung des Steuergeheimnisses zu beachten.
6. Die weiteren Anordnungen über die Ausstellung der Lohnsteuerkarten 1997 sowie die erforderlichen Maßnahmen zum Druck der Lohnsteuerkarten, der in Abschn. II Nr. 4 bezeichneten Informationsschrift „Lohnsteuer '97“ und des Merkblatts für die Gemeinden (Vordruck LSt 20) treffen die Oberfinanzdirektionen im gegenseitigen Einvernehmen.

## IV. Lohnsteuerbescheinigung für das Kalenderjahr 1997 und besondere Angaben

|                                                                                                                                                          |             |             |             |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|-------------|-------------|
| 1. Dauer des Dienstverhältnisses                                                                                                                         | vom - bis   | vom - bis   | vom - bis   |
| 2. Zeiträume ohne Anspruch auf Arbeitslohn                                                                                                               | Anzahl „U“: | Anzahl „U“: | Anzahl „U“: |
| 3. Bruttoarbeitslohn einschl. Sachbezüge ohne 9. bis 11.                                                                                                 | DM          | DM          | DM          |
| 4. Einbehaltenes Lohnsteuer von 3.                                                                                                                       | Pf          | Pf          | Pf          |
| 5. Einbehaltenes Solidaritätszuschlag von 3.                                                                                                             | DM          | DM          | DM          |
| 6. Einbehaltenes Kirchensteuer des Arbeitnehmers von 3.                                                                                                  | DM          | DM          | DM          |
| 7. Einbehaltenes Kirchensteuer des Ehegatten von 3. (nur bei Konfessionsverschiedenheit Ehe)                                                             | DM          | DM          | DM          |
| 8. In 3. enthaltene steuerbegünstigte Versorgungsbezüge                                                                                                  | DM          | DM          | DM          |
| 9. Steuerbegünstigte Versorgungsbezüge für mehrere Kalenderjahre                                                                                         | DM          | DM          | DM          |
| 10. Arbeitslohn für mehrere Kalenderjahre ohne 9.                                                                                                        | DM          | DM          | DM          |
| 11. Ermäßigter besteuertes Einkommen                                                                                                                     | DM          | DM          | DM          |
| 12. Einbehaltenes Lohnsteuer von 9. bis 11.                                                                                                              | DM          | DM          | DM          |
| 13. Einbehaltenes Solidaritätszuschlag von 9. bis 11.                                                                                                    | DM          | DM          | DM          |
| 14. Einbehaltenes Kirchensteuer des Arbeitnehmers von 9. bis 11.                                                                                         | DM          | DM          | DM          |
| 15. Einbehaltenes Kirchensteuer des Ehegatten von 9. bis 11. (nur bei Konfessionsverschiedenheit Ehe)                                                    | DM          | DM          | DM          |
| 16. Kurzarbeitergeld, Wiedereinstellungs- und Zuschuß z. Mutter-schaftsgeld, Verdienstausschlag, Bundes-Sozialgeld, Arbeitslosengeld (Arbeitszeitgesetz) | DM          | DM          | DM          |
| 17. Steuerfreier Arbeitslohn nach Auslands- und Doppelbesteuerungsabkommen                                                                               | DM          | DM          | DM          |
| 18. Steuerfreie Arbeitslohnleistungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte                                                                     | DM          | DM          | DM          |
| 19. Pauschalbesteuerter Arbeitslohnleistungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte                                                             | DM          | DM          | DM          |
| 20. Steuerfreie Vermögenszuwächse bei Ausreisestädte                                                                                                     | DM          | DM          | DM          |
| 21. Steuerfreie Arbeitslohnleistungen bei doppelter Haushaltsführung                                                                                     | DM          | DM          | DM          |
| 22. Steuerfreie Arbeitslohnleistungen zur freiwilligen Krankenversicherung und zur Pflegeversicherung                                                    | DM          | DM          | DM          |
| 23. Arbeitnehmeranteil am Gesamt-sicherungsbeitrag                                                                                                       | DM          | DM          | DM          |
| 24. Ausgespartes Kindergeld                                                                                                                              | DM          | DM          | DM          |
| 25. Kalendermonat, für den letztmalige Kindergeld gezahlt wurde                                                                                          | DM          | DM          | DM          |
| Anschrift des Arbeitgebers (lohnsteuerliche Betriebsstätte)                                                                                              |             |             |             |
| Firmenstempel, Unterschrift;                                                                                                                             |             |             |             |
| Finanzamt, an das der Arbeitgeber die Lohnsteuer abgeführt hat                                                                                           |             |             |             |

Alle Eintragungen in der Lohnsteuerkarte genau prüfen!

Lesen Sie die Informationsschrift „Lohnsteuer '97“

## Lohnsteuerkarte 1997

Gemeinde und AGS

Finanzamt und Nr.

Geburtsdatum

I. Allgemeine Befreiungsmerkmale

Steuer-

klasse

Kinder unter 18 Jahren:

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

Zahl der Kinder

## II. Änderungen der Eintragungen im Abschnitt I

| Steuerklasse | Zahl der Kinder-<br>freibeträge | Kirchensteuerabzug | Diese Eintragung gilt,<br>wenn sie nicht widerrufen wird: | Datum, Stempel und<br>Unterschrift der Behörde |
|--------------|---------------------------------|--------------------|-----------------------------------------------------------|------------------------------------------------|
|              |                                 |                    | vom 1997 an<br>bis zum 31. 12. 1997                       | I. A.                                          |
|              |                                 |                    | vom 1997 an<br>bis zum 31. 12. 1997                       | I. A.                                          |
|              |                                 |                    | vom 1997 an<br>bis zum 31. 12. 1997                       | I. A.                                          |

## III. Für die Berechnung der Lohnsteuer sind vom Arbeitslohn als steuerfrei abzuziehen:

| Jahresbetrag<br>DM | monatlich<br>DM | wöchentlich<br>DM | täglich<br>DM | Diese Eintragung gilt,<br>wenn sie nicht widerrufen wird: | Datum, Stempel und<br>Unterschrift der Behörde |
|--------------------|-----------------|-------------------|---------------|-----------------------------------------------------------|------------------------------------------------|
|                    |                 |                   |               | vom 1997 an<br>bis zum 31. 12. 1997                       | I. A.                                          |
|                    |                 |                   |               | vom 1997 an<br>bis zum 31. 12. 1997                       | I. A.                                          |
|                    |                 |                   |               | vom 1997 an<br>bis zum 31. 12. 1997                       | I. A.                                          |

**Ausschreibung des Landeswettbewerbes 1996/97  
„Unser Dorf soll schöner werden“**

Bek. d. Ministeriums für Umwelt,  
Raumordnung und Landwirtschaft v. 1. 8. 1996 –  
II B 3 – 2308.5.1

Im Einvernehmen mit dem Innenministerium und dem  
Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr schreibe  
ich hiermit den

**Landeswettbewerb 1996/97  
„Unser Dorf soll schöner werden“**

aus. Eine erfolgreiche Teilnahme an diesem Landeswett-  
bewerb ist Voraussetzung für die Qualifikation für den  
Bundeswettbewerb 1998 „Unser Dorf soll schöner wer-  
den“. Er wird vom Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten ausgeschrieben. Die Deut-  
sche Gartenbaugesellschaft wird mit der Durchführung  
des Bundeswettbewerbs beauftragt.

Die Schirmherrschaft über den Landeswettbewerb hat  
der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen  
übernommen. Mit der Durchführung habe ich die Land-  
wirtschaftskammern Rheinland und Westfalen-Lippe be-  
auftragt; sie arbeiten zusammen mit

- der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und  
Forsten/Landesamt für Agrarordnung (LÖBF)
- den kommunalen Spitzenverbänden des Landes  
Nordrhein-Westfalen
- den Landschaftsverbänden Rheinland und West-  
falen-Lippe
- den Verbänden der Landwirtschaft, des Gartenbaues  
und des ländlichen Raumes im Rheinland und in  
Westfalen-Lippe
- den Landschaftsverbänden der Gartenbauvereine  
Rheinland und Westfalen-Lippe
- den Fremdenverkehrsverbänden und den regionalen  
Heimatorganisationen in Nordrhein-Westfalen.

**1 Ziele des Wettbewerbs**

Gemeinden und Gemeindeteile mit dörflichem Cha-  
rakter sollen angeregt werden, unter Berücksichti-  
gung der allgemeinen Entwicklung ihren unmittelba-  
ren Lebensraum bewußt zu entwickeln, zu gestalten  
und zu pflegen. Eine zentrale Rolle spielen hierbei  
gemeinsame bürgerschaftliche Aktivitäten, um das  
Zusammenleben im Dorf und den Gemeinschaftssinn  
zu fördern. Die Dorfgemeinschaft – und damit jeder  
Dorfbewohner – ist aufgerufen, aktiv an der Gestal-  
tung des eigenen Dorfes und seiner Umgebung mitzu-  
wirken.

Es ist weiterhin Ziel des Wettbewerbes, die Orte so in  
die Planungen der Kreise, Städte und Gemeinden  
einzubeziehen, daß sowohl im Innen- als auch im  
Außenbereich ein lebenswertes Umfeld entsteht, mit  
dem die wirtschaftliche Basis von Landwirtschaft,  
Handwerk, Handel, Gewerbe und Fremdenverkehr  
gestärkt wird.

Durch den Wettbewerb werden Dörfer prämiert, die  
auf diesem Gebiet bereits Vorbildliches geleistet  
haben. Sie sollen weitere Dorfgemeinschaften an-  
regen, aktiv an der Gestaltung ihres Dorfes, ihrer  
Gemeinschaft und der Landwirtschaft mitzuwirken.

**2 Teilnahme am Wettbewerb**

Teilnahmeberechtigt sind:

Räumlich geschlossene Ortschaften oder Gemeinde-  
teile mit vorwiegend dörflichem Charakter bis zu  
3000 Einwohnern. Das Dorf muß von seiner Gemeinde  
für den Wettbewerb gemeldet werden.

Voraussetzung für die Teilnahme am Landeswett-  
bewerb ist die erfolgreiche Teilnahme an einem  
vorausgegangenen Kreiswettbewerb bzw. bei weniger  
als 10 Teilnehmern im Kreis die erfolgreiche Teil-  
nahme an einem vorausgegangenen Gebietsentscheid.

- Staatlich anerkannte Bade- und Kurorte
- Orte, die aus den Landeswettbewerben 1993 und  
1995 als Landessieger hervorgegangen sind
- Orte, die in den Bundeswettbewerben 1991–1995 mit  
einer Goldplakette ausgezeichnet wurden.

**3 Bewertungsbereiche**

Bei der Bewertung werden unter Beachtung der  
schwierigen und unterschiedlichen Situationen der  
ländlichen Räume vor allem folgende Bereich berück-  
sichtigt:

- Allgemeine Entwicklung und Gestaltung des Ortes
- Bürgerschaftliche Aktivitäten und Selbsthilfe-  
leistungen
- Baugestaltung des Ortes im öffentlichen und priva-  
ten Bereich
- Grüngestaltung des Ortes im öffentlichen und pri-  
vaten Bereich
- Ort in der Landschaft.

Unabhängig von der Beurteilung dieser einzelnen  
Bereiche wird das Dorf vorrangig einer ganzheitli-  
chen Wertung unterzogen. Für die Gesamtbewertung  
ist zum Beispiel nicht entscheidend, daß das Dorf mit  
möglichst vielen öffentlichen und privaten Einrich-  
tungen ausgestattet ist. Wichtig ist, daß das für das  
jeweilige Dorf erforderliche Maß an kommunaler und  
sonstiger Grundausrüstung gewährleistet ist. Wird  
dies durch überörtliche und nachbarschaftliche Akti-  
vitäten und Selbsthilfe erreicht, so kann die bewußte  
Beschränkung auf wenige Einrichtungen als positiv  
im Sinne des Wettbewerbs bewertet werden.

Grundsätzlich werden bei der Bewertung die Aus-  
gangslage, die sich aus ihr ableitenden Gestaltungs-  
möglichkeiten und die im Rahmen der Teilnahme am  
Wettbewerb erbrachten Leistungen des Dorfes und  
seiner Bürger berücksichtigt.

Beispielhafte Leistungen und Initiativen, vor allem  
der Dorfgemeinschaft in den einzelnen Bewertungs-  
bereichen, können darüber hinaus gesondert heraus-  
gestellt werden.

Folgende Einzelkriterien dienen der Beurteilung:

- 3.1 Allgemeine Entwicklung und Gestaltung des Ortes** 15 Punkte
- Entwicklung und Umsetzung von Zukunftspers-  
pektiven für das Dorf (z.B. Sicherung und Neu-  
schaffung von Arbeitsplätzen) unter Beachtung der
    - örtliche Gegebenheiten
    - Hauptfunktionen des Dorfes
    - Gesamtentwicklung der Gemeinde
    - überörtlichen und nachbarschaftlichen Belange
  - Stand, Qualität und Umsetzung der gemeindlichen  
Planungen beispielsweise:
    - Bauleitplanung (Bebauungspläne)
    - Gestaltungssatzung
    - Dorfentwicklungsplanung
  - Wahrung der dörflichen Struktur bei der Umset-  
zung städtebaulicher Planungen unter besonderer  
Berücksichtigung der
    - Anbindung, Ausweitung und Gestaltung neuer  
Wohn- und Gewerbegebiete
    - Gestaltung und Verkehrssicherheit von Straßen  
und Plätzen, Fuß- und Radwegen
    - historische Bausubstanz in der Planung (z.B.  
Denkmalbereichssatzung)
  - Konzepte zur Ver- und Entsorgung im Hinblick auf  
die örtlichen Möglichkeiten und Erfordernisse:
    - Wasser (z.B. Regenwassernutzung, Wurzelraum-  
Kläranlagen)
    - Energie (z.B. Solar- und Brennwertechnik, Wär-  
medämmung, Windkraft)
    - Abfallwirtschaft (Sammlung und Nutzung wie-  
derverwertbarer Stoffe, Recyclinghöfe)

- Angebote des öffentlichen Nahverkehrs und angepaßte Beförderungssysteme wie
  - Sammeltaxis
  - Bürgerbus
- Konzepte zur Sicherung der örtlichen Eigenversorgung durch:
  - Lebensmittelgeschäfte
  - landwirtschaftliche Selbstvermarkter
  - Post
  - Bank
  - Arzt
- Situation und geplante Entwicklung der Wirtschaftsstruktur als Lebens- und Einkommensgrundlage.

### 3.2 Bürgerschaftliche Aktivitäten und Selbsthilfeleistungen 20 Punkte

- Vereinsleben und Selbsthilfeleistungen der Bürger zur Steigerung der Lebensqualität im Ort
- Eingliederung der Neubürger und Förderung des Zusammenlebens der Generationen durch Gemeinschaftsaktionen beispielsweise in den Bereichen:
  - Sport und Soziales (z.B. Kinder-, Jugend-, Senioren- und Ausländerbetreuung, behindertengerechte Einrichtungen)
  - Kultur (z.B. Musik- und Theaterveranstaltungen, Dorffeste, Traditionspflege)
  - Umwelt- und Naturschutz (z.B. Anlage, Pflege und Nutzung von Obstwiesen)
- Einrichtung und Unterhaltung von Gemeinschaftseinrichtungen wie:
  - landwirtschaftliche Erzeugergemeinschaften und Dorfläden
  - Kirchen und Kapellen
  - Bürgerhäuser und Schützenhallen
  - Kindergärten und -spielplätze
  - Seniorenheime und Jugendeinrichtungen
  - Sportstätten

### 3.3 Baugestaltung im öffentlichen und privaten Bereich 25 Punkte

- Erhaltung, Gestaltung und Prägung des individuellen Ortscharakters
- Gestaltung und Eingliederung von öffentlichen und privaten Gebäuden und Anlagen (z.B. Kirche, Schule, Kindergarten, Spiel- und Sportanlagen, Wohnhäuser, Hofanlagen) durch:
  - architektonische und energetische Konzepte
  - ortsgerechte Umsetzung moderner Bauformen im Altort und im Neubaugebiet
  - Verwendung angepaßter, natürlicher Baumaterialien bei Renovierung und Neubauten
- Erhaltung, Pflege und Nutzung historischer Bau-substanzen im Ort und im Außenbereich
- Den örtlichen Erfordernissen angepaßte Außenwerbung an Gebäudefassaden und im Straßenraum
- Erhaltung leerstehender Gebäude durch:
  - Umnutzung (z.B. Scheune in kleingewerblichen Betrieb; Stall in Selbstvermarktungseinrichtung)
  - Neu- oder Wiedernutzung (z.B. ehemalige Schule in Kindergarten, soziale Einrichtungen, Jugend- und Seniorenräume, Wohnungen)
- Gestaltung und architektonische Einbindung von landwirtschaftlichen Gebäuden, Industrie- und Gewerbebetriebe oder Dienstleistungseinrichtungen.

### 3.4 Grüngestaltung im öffentlichen und privaten Bereich 25 Punkte

- Verwendung landschaftstypischer Bäume und Sträucher im Ort
- Den örtlichen Gegebenheiten angepaßte Gestaltung und umweltgerechte Pflege öffentlicher Grün-

- flächen einschließlich Straßen- und Wegränder, Friedhof und evtl. vorhandenem Schulgarten, Flächenentsiegelung und Öffnung von Baumscheiben
- Konzepte zur Zurücknahme und zum Ersatz nicht landschaftstypischer Gehölze im öffentlichen und privaten Bereich
- Konzepte zum Biotop- und Artenschutz, Erhaltung, Pflege und Förderung von Lebensräumen und ökologisch wertvoller Flächen im Dorf
- Gestaltung und Pflege der Gärten unter Beachtung von Belangen des Umwelt- und Naturschutzes, ortstypischer Einfriedungen
- Auswahl und Vielfalt der Pflanzen nach Standortbedingung, ökologischem Nutzen und Schmuckwert
- Herausragende Details der Grüngestaltung (z.B. Haus- und Hofbaum, Obstgehölze, Bodendenkmal)
- Blumenschmuck und Fassadenbegrünung an öffentlichen und privaten Gebäuden und in Hofräumen.

### 3.5 Dorf in der Landschaft 15 Punkte

- Gestaltung des Ortsrandes und Einbindung in die Landschaft
- Erhaltung, Pflege und Entwicklung charakteristischer Bestandteile der Kulturlandschaft mit schutzwürdigen Bereichen wie beispielsweise:
  - Hecken, Alleen und Hohlwege
  - Obstwiesen
  - Trockenrasen
  - Hudewälder
  - Teiche, Tümpel, Fließgewässer
  - Auen
  - Kopfweidenbestände
- Erhaltung und Förderung der Flora und Fauna sowie Förderung des Arten- und Biotopschutzes
- Umsetzung von Landschaftsplänen und landschaftspflegerischen Begleitplänen sowie Sonderprogrammen, z.B.
  - Uferrandprogramm
  - Ackerrandstreifenprogramm
  - Obstwiesenprogramm
- Landschaftsgerechte Anlage und Pflege von Freizeit-, Sport- und Erholungsanlagen
- Gestaltung und Einbindung landwirtschaftlicher und gewerblicher Standorte außerhalb der Ortslage
- Landschaftspflegerische Maßnahmen in der Gemarkung und Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe wie beispielsweise Behandlung von Entnahmestellen, Aufschüttungen und Verkehrseinrichtungen.

## 4 Durchführung des Landeswettbewerbs

### 4.1 Kreiswettbewerbe

Ich bitte die Kreise, ihre Kreiswettbewerbe bereits 1996 als Vorentscheidung für den Landeswettbewerb 1997 durchzuführen. Die Kreisbewertungskommissionen werden von den Kreisen im Einvernehmen mit der zuständigen Landwirtschaftskammer bestimmt. Bei der Auswahl der Mitglieder der Bewertungskommissionen soll neben der fachlichen Qualifikation im Sinne der Bewertungsmerkmale auch das ehrenamtliche Engagement besonders berücksichtigt werden. Allen Kommissionen soll mindestens je eine Fachkraft aus den Bereichen Bauwesen, Denkmalpflege, Landespflege, Gartenbau und Heimatpflege angehören.

### 4.2 Teilnehmerschlüssel für den Landeswettbewerb

Von den am Kreiswettbewerb teilnehmenden Ortsteilen können

|                  |               |
|------------------|---------------|
| ab 10 Ortsteilen | 1 Kreissieger |
| ab 30 Ortsteilen | 2 Kreissieger |
| ab 50 Ortsteilen | 3 Kreissieger |



ab 70 Ortsteilen 4 Kreissieger  
ab 90 Ortsteilen 5 Kreissieger  
ab 110 Ortsteilen 6 Kreissieger  
ab 130 Ortsteilen 7 Kreissieger

für den Landeswettbewerb gemeldet werden. Für Kreise, in denen sich weniger als 10 Ortsteile am Wettbewerb beteiligen, trifft eine von der zuständigen Landwirtschaftskammer gebildete Bewertungskommission die Vorentscheidung.

#### 4.3 Bezirkskommission Ruhrgebiet/Großstädte

Die bisherigen Wettbewerbe haben gezeigt, daß sich die noch ländlich strukturierten Ortsteile des Ruhrgebietes und der Großstädte nur vereinzelt um eine Teilnahme bewerben. Ich rege im Interesse der Erhaltung und Entwicklung dieser Ortsteile einen eigenen Bezirkswettbewerb „Ruhrgebiet“ an, der in engem Einvernehmen zwischen den Landwirtschaftskammern, dem Kommunalverband Ruhrgebiet und den beteiligten Städten durchgeführt werden soll.

#### 4.4 Landesbewertungskommission

Eine sachverständige Landesbewertungskommission bewertet die Teilnehmer am Landeswettbewerb. Sie wird im Sommer 1997 den Entscheid auf Landesebene durchführen. Die Entscheidungen der Bewertungskommission sind endgültig. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

#### 4.5 Auszeichnungen

Im Landeswettbewerb werden Gold-, Silber- und Bronzeplaketten sowie Urkunden verliehen, die mit Geldpreisen verbunden sind.

Für beispielhafte Leistungen auf Teilgebieten (z.B. Artenschutz, ökologische Maßnahmen, Gemeinschaftsleistungen, besondere gestalterische Details) werden Sonderpreise vorgesehen.

#### 5 Anmeldung zum Wettbewerb

##### 5.1 Landeswettbewerb 1997

Die Teilnahme am Landeswettbewerb 1996/97 ist ab sofort dem zuständigen Kreis zu melden. Die Kreise übersenden der zuständigen

Landwirtschaftskammer  
Rheinland  
Endenicher Allee 60  
53115 Bonn

Landwirtschaftskammer  
Westfalen-Lippe  
Nevinghoff 40  
48147 Münster

**T.** bis spätestens zum **31. März 1997** eine Zusammenstellung der gemeldeten Ortsteile unter Angabe des Namens der Gemeinde.

Die gemäß Ziffer 4 ermittelten Kreissieger sind der zuständigen Landwirtschaftskammer nach Abschluß des Kreiswettbewerbs, spätestens jedoch bis zum **1. Juni 1997** zu melden.

#### 5.2 Bundesentscheid 1998

Voraussetzung für die Meldung zum Bundeswettbewerb 1998 ist die erfolgreiche Teilnahme am vorangegangenen Landeswettbewerb. Ein Land kann nur Teilnehmer zum Bundeswettbewerb melden, wenn mindestens 20 Gemeinden am Landeswettbewerb beteiligt waren. Das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen meldet die Teilnehmer an.

Die Bundesbewertungskommission, die vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit dem

- Bundesminister für Bauwesen und Städtebau
- Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- den kommunalen Spitzenverbänden
- dem Zentralausschuß der Deutschen Landwirtschaft
- der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft

berufen wird, ermittelt die Bundessieger im Sommer 1998.

- MBl. NW. 1996 S. 1557.

#### Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Landes Nordrhein-Westfalen Gesetzliche Unfallversicherung

#### 8. öffentliche Sitzung der Vertreterversammlung

Bek. d. Ausführungsbehörde für Unfallversicherung  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
v. 15. 8. 1996

Die 8. öffentliche Sitzung der Vertreterversammlung der Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Landes Nordrhein-Westfalen in der 8. Wahlperiode findet am

**19. November 1996**

im Sitzungssaal, Zimmer 14, der Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Landes Nordrhein-Westfalen, Ulenbergstraße 1, 40223 Düsseldorf, statt.

Beginn der Sitzung: 9.30 Uhr.

Düsseldorf, den 15. August 1996

Der Vorsitzende der Vertreterversammlung

Vallentin

- MBl. NW. 1996 S. 1559.

## Hinweis

## Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 17 v. 1. 9. 1996

(Einzelpreis dieser Nummer 4,20 DM zuzügl. Portokosten)

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | Seite |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | Seite |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| <b>Allgemeine Verfügungen</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |       | die Gestattung, sich gewaltsam Zugang zu der Wohnung des Betroffenen zu verschaffen, weil sich diese Anordnungen unterhalb der Schwelle einer – anfechtbaren – befristeten Unterbringung nach § 68 b IV FGG bewegen.                                                                                                                            |       |
| Geschäftsordnung für die Gerichte und die Staatsanwaltschaften des Landes Nordrhein-Westfalen (Geschäftsordnung – GO –)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | 193   | OLG Hamm vom 20. Juni 1996 – 15 W 143/96                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | 198   |
| <b>Bekanntmachungen</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | 194   | <b>Strafrecht</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |       |
| <b>Personalnachrichten</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | 194   | 1. JGG § 42 III Satz 1. – Der Jugendrichter darf das bei ihm gegen einen Jugendlichen oder Heranwachsenden anhängige Strafverfahren trotz Aufenthaltswechsels des Angeklagten nicht an das Gericht des neuen Aufenthaltsortes abgeben, wenn beide Gerichte nahe beieinander liegen und die Abgabe zu einer unvermeidbaren Verzögerung führt.    |       |
| <b>Ausschreibungen</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | 196   | OLG Düsseldorf vom 4. März 1996 – 1 Ws 150/96                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | 200   |
| <b>Rechtsprechung</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |       | 2. StPO §§ 121 ff. – Die Anforderungen an die Zügigkeit der Bearbeitung einer Haftsache nehmen mit der Dauer der Untersuchungshaft zu. – Die Überlastung des Gerichts stellt nur dann einen wichtigen Grund für die Fortdauer der Untersuchungshaft über sechs Monate dar, wenn sie kurzfristig ist und weder voraussehbar noch vermeidbar war. |       |
| <b>Zivilrecht</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |       | OLG Düsseldorf vom 25. März 1996 – 2 Ws 86/96                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | 201   |
| 1. BNotO §§ 15, 23, 24. – Die Ausstellung einer notariellen Fälligkeitsbestätigung ist Betreuung auf dem Gebiet vorsorgender Rechtspflege im Sinne von § 24 I Satz 1 BNotO, deren ordnungsgemäße Vornahme dem Notar als Amtspflicht obliegt und zu der er gemäß § 15 I BNotO angewiesen werden kann. – Ob der Notar zur Abgabe einer Fälligkeitsbestätigung, die nicht nur die Feststellung von Tatsachen, sondern auch die rechtliche Beurteilung eines Sachverhalts erfordert, angewiesen werden kann, ist zweifelhaft, da der Grundsatz gilt, daß ein Gutachter den Inhalt seines Gutachtens selbst bestimmt. – Der Notar ist an den Wortlaut des ihm erteilten Betreuungsauftrages gebunden. Bei einem Interessenwiderstreit mehrerer Beteiligter darf er keine der gegensätzlichen Positionen vertreten. Hierzu kann er nicht angewiesen werden. |       | <b>Kostenrecht</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |       |
| OLG Hamm vom 2. Mai 1996 – 15 W 475/95                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | 197   | 1. BRAGO § 95. – Der Vertreter des Nebenklägers hat nach § 95 BRAGO den gleichen Gebührenanspruch wie der Verteidiger; seine Tätigkeit ist nicht grundsätzlich von geringer Bedeutung.                                                                                                                                                          |       |
| 2. FGG § 19 I, §§ 67, 68 b III. – Die Bestellung eines Verfahrenspflegers stellt im Betreuungsverfahren keine mit Rechtsmitteln anfechtbare Entscheidung dar. – Die Anordnung der Untersuchung des Betroffenen und seiner Vorführung zur Untersuchung ist im Anwendungsbereich des § 68 b III Satz 1 FGG einschließlich etwaiger Nebenentscheidungen unanfechtbar. Dies gilt auch für die Ermächtigung zur Anwendung einfacher körperlicher Gewalt und für                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |       | OLG Düsseldorf vom 12. April 1996 – 4 Ws 74/96                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | 202   |
|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |       | 2. FGG § 20 a I Satz 1. – Im FGG-Verfahren ist für den in der Hauptsache obsiegenden Antragsteller eine ihn belastende Kostenentscheidung grundsätzlich nicht anfechtbar. – § 99 II ZPO ist im FGG-Verfahren nicht analog anwendbar.                                                                                                            |       |
|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |       | OLG Köln vom 23. Mai 1996 – 14 WF 88/96                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | 203   |
|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |       | <b>Hinweise auf Neuerscheinungen</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | 204   |

– MBL NW. 1996 S. 1560.

Einzelpreis dieser Nummer 7,95 DM  
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Fax (0211) 9682/229, Tel. (0211) 9682/238 (8.00-12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf  
Bezugspreis halbjährlich 98,- DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 196,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.  
Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 9682/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabsendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf  
Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf  
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach  
ISSN 0177-3569